

Der türkische Rechtsradikalismus und die SPD



Die Dame links im Bild ist Zülfiye Kaykin, SPD-Integrationsstaatssekretärin in Nordrhein-Westfalen. Bis Mai 2010 leitete sie die Begegnungsstätte in der Duisburger Zentralmoschee, dem viel beschworenen „Wunder von Marxloh“. Der Herr rechts neben ihr ist Alparslan Türkeş, die Galionsfigur türkischer Rechtsextremisten. Er ist zwar schon 1997 gestorben, lebt aber in der Erinnerung seiner Fans fort und ist Mittelpunkt eines Skandals, der sich immer mehr ausweitet.

(Von Michael Stürzenberger)

Türkeş war der Anführer der sogenannten Grauen Wölfe, die der Verfassungsschutz als antidemokratisch, gewaltbereit, rassistisch und türkisch-chauvinistisch einschätzt. Laut Verfassungsschützern gelten im Weltbild der Wölfe auch liberale Türken oder religiöse und ethnische Minderheiten in der Türkei als Feinde.

Wie WELT Online berichtet, fand zu seinen Ehren im April 2010 in der Duisburger Zentralmoschee des Muslim-Verbands Ditib eine Totenmesse statt. Kaykin wirkte zu diesem Zeitpunkt als Geschäftsführerin der Ditib-Begegnungsstätte, die mit besagter Moschee verbunden ist. Das bringt sie jetzt mächtig in Bedrängnis, denn die Türkische Gemeinde Nordrhein-Westfalens, die Förderung der Aramäer in Deutschland, die Armenische

Gemeinde Kölns und die Alevitische Gemeinde fordern nun ihren Rücktritt. Kaykin selbst dementierte aber bis vor kurzem jeglichen Kontakt mit türkischen Rechtsextremisten:

Kaykin bestreitet, mit der Ehrung für den Extremisten irgendetwas zu tun gehabt zu haben. Sie sei nur Geschäftsführerin der Begegnungsstätte gewesen, nicht der Moschee. Diese Unschuldsbeteuerung hält Deniz Güner (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in NRW) aber für „absolut unglaubwürdig“. Im Anschluss an die Türkes-Feier hätten sich die Teilnehmer nachweisbar auch in der Begegnungsstätte (die öffentlich gefördert wird) niedergelassen und politische Reden gehalten. Wer dort auftrete, müsse sich dies von der Geschäftsführung der Begegnungsstätte genehmigen lassen – damals also von Kaykin. Auch das bestreitet die Angegriffene. „Zum Zeitpunkt der Gedenkveranstaltung“ sei sie „nicht in den Räumen der Begegnungsstätte“ gewesen. Zudem seien deren Räume „allgemein zugänglich“. Für den Zutritt bedürfe es auch keiner Genehmigung durch die Begegnungsstätte.

In der Türkischen Gemeinde reicht das Misstrauen dennoch weit: Einige Mitglieder beschwören, Kaykin habe auch schon Veranstaltungen der Grauen Wölfe besucht und sogar Alparslan Türkes bei einem Deutschland-Besuch persönlich empfangen. Wohl gemerkt: Diese Gerüchte sind zwar hartnäckig, bislang aber nur Gerüchte. Stutzig macht die Kritiker auch, wer sich dafür einsetzte, Kaykin zu politischem Einfluss zu verhelfen. Unter anderem bat ein gewisser Isa Ilyasoglu die SPD-Vorsitzende Kraft 2010, Kaykin ins Kabinett zu holen. Er führt die „Union der türkischen Vereine in Deutschland“, was unverdächtig klingt. Aber: Bei der letzten Parlamentswahl in der Türkei war er Kandidat der rechtsradikalen MHP – des politischen Arms der Grauen Wölfe.

Keine gute Gesellschaft für eine Innenstaatssekretärin. Mitte Mai hatte Frau Kaykin laut WELT Online noch alles

abgestritten:

Auf Anfrage erklärte Frau Kaykin dazu, sie habe „zu keiner Zeit und an keinem Ort bewusst Kontakt zu rechtsextremen türkischen Organisationen, Verbänden, Gruppen oder Parteien gehabt“. Von Personen spricht sie nicht. Nebenbei droht das Ministerium damit – im Tonfall wahrhaft offenen Dialogs – Frau Kaykin behalte sich vor, „Strafanzeige zu erstatten“ bei öffentlichen Behauptungen, die „ihr eine politische Nähe zu rechtsextremen türkischen Gruppen unterstellen“.

Laut einer Pressemitteilung des Christlich-Alevitischen Freundeskreises (CAF) vom 27. Mai stellt sich die Sachlage aber mittlerweile ganz anders dar:

Ali Yildiz, Sprecher des CAF: „Staatssekretärin Kaykin sagte nicht die Wahrheit, als sie öffentlich jeglichen Kontakt zu den rechtsextremen Grauen Wölfen leugnete. Sie hatte anscheinend nicht nur regen Austausch mit türkischen Rechtsextremisten, sondern sicherte sich auch noch die politische Unterstützung dieser Kreise zu, um einen Ministerposten im SPD-Kabinett in NRW zu erhalten. Jeder deutsche Politiker wäre längst politisch geächtet worden, wenn er derart heftig mit deutschen Rechtsextremisten angebandelt hätte.“

Nachdem Kaykin gegenüber der „Welt am Sonntag“ zunächst öffentlich beteuert hatte, keinerlei Kontakte zu den rechtsextremen „Grauen Wölfen“ zu haben, musste sie, nachdem sich die Hinweise verdichtet und konkretisiert hatten, einräumen, gleich mehrfach Gespräche mit Mitgliedern der rechtsextremen türkischen Partei MHP, dem politischen Arm der „Grauen Wölfe“, geführt zu haben.



Der Fall zieht immer weitere Kreise und wird nun auch langsam

zur Gefahr für NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, wie aus der Pressemitteilung des CAF zu entnehmen ist:

Wie mehrere überregionale türkische Tageszeitungen berichteten, wurde Kaykins Ernennung zur Ministerin für Integration auf Druck einiger Politiker des Koalitionspartners „Bündnis 90/Die Grünen“ mit dem Hinweis auf ihre mögliche Verbindung zu den vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Grauen Wölfen, verhindert. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ernannte Zülfiye Kaykin dennoch zur Staatssekretärin, obwohl sie bereits am 11. Mai 2010 über die schwerwiegenden Vorwürfe gegen Kaykin vollumfänglich unterrichtet worden war.

Die „Grauen Wölfe“ wurden der deutschen Öffentlichkeit erstmalig durch den Papstattentäter, Mehmet Ali Agca, einer Galionsfigur der Grauen Wölfe, bekannt. Die Weggefährten des Papstattentäters sitzen heute als Verbandsvertreter im Koordinationsrat der Muslime und organisieren, mit Unterstützung Kaykins, den „nationaltürkisch-islamischen“ Religionsunterricht in NRW.

Mit einer solchen Betreuung dürfte im islamischen Religionsunterricht Nordrhein-Westfalens ja ein sauberer Nachwuchs herangezogen werden. In Bezug auf Zülfiye Kaykin scheint noch einiges an Skandalösem in der Schublade zu schlummern:

Madlen Vartian, Sprecherin des CAF: „Kaykin droht ihren Kritikern mit einer Strafanzeige und möchte das deutsche Strafrecht dazu missbrauchen, eine grundsätzliche Diskussion über demokratiefeindliche Tendenzen in der türkischen Gemeinschaft in Deutschland und über ihre Vergangenheit zu verhindern.“

Zahlreiche türkeistämmige Gemeinden sehen der wiederholten Drohung aus dem SPD-Ministerium gelassen entgegen. Aus den Gemeinden heißt es, dass bei Bedarf gleich mehrere Zeugen die

Vorwürfe gegen Kaykin vor Gericht bestätigen könnten.

Zudem gebe es entsprechendes Bildmaterial, das man dem Gericht gegebenenfalls vorlegen könne. Die Büchse der Pandora sei ohnehin noch nicht geöffnet worden, heißt es aus diesen Kreisen.

So gäbe es noch offene Fragen zu finanziellen Ungereimtheiten in Bezug auf die Verwendung von EU-Fördermitteln. Kaykin sei als Geschäftsführerin der DITIB Begegnungsstätte für die Verwaltung von Fördermitteln in Höhe von ca. 3 Mio. € verantwortlich gewesen. Die Ordnungsmäßigkeit der Mittelverwendung sei, trotz zahlreicher offener Fragen, bisher noch nicht von einer unabhängigen Stelle geprüft worden. Die DITIB-Zentrale halte zudem einen hausinternen Prüfbericht zur Verwendung der Steuermittel aus unerfindlichen Gründen unter Verschluss, hieß es weiter.

Olaf Lehne, Landtagsabgeordneter der CDU, hat am 24.5. eine kleine Anfrage an den Landtag NRW gerichtet, dessen Beantwortung spannend sein dürfte. Ob die SPD, im Gleichschritt mit den Grünen, weiterhin türkischen Nationalismus als „kulturelle Bereicherung“ zu verkaufen sucht, bleibt abzuwarten. Die Causa „Zülfiye Kaykin“ wird dafür ein guter Gradmesser sein.